



Verträge eingesetzt. Die zu diesem Zweck vom Wassertisch-Untersuchungsausschuss geforderte Normenkontrollklage gegen das „Betriebs-Gesetz“ wurde von Piraten und Grünen bereits eingereicht, eine Organklage brachten die Piraten auf Anregung des Wassertisches im Alleingang auf den Weg. Zu einer vollständigen Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe hat der Berliner Wassertisch am Weltwassertag 2013 seine neue Kampagne „Berlin sagt: Veolia adieu!“ vorgestellt, die die eklatante Diskrepanz zwischen der Selbstdarstellung des global agierenden Infrastrukturkonzerns und den Realitäten seiner Betriebsführung darstellt.

Auch auf EU-Ebene gefährdet der Zwang zur Privatisierung der Daseinsvorsorge als Konsequenz neoliberaler Konzepte eine über Jahrzehnte steuerfinanziert aufgebaute Infrastruktur höchster Güte. Die Konzerne versuchen das, was auf nationaler Ebene nicht durchgesetzt werden kann, über die EU wirksam zu machen, wie die neue Konzessionsrichtlinie, die bei Nacht und Nebel eingeführt werden sollte, eindrucksvoll dokumentiert. „Wir schreiben Wasser und lesen Demokratie“ – das Votum von 660 000 Berlinerinnen und Berlinern, die am 13. Februar 2011 ein Gesetz gemacht haben und sich schützend vor ihr Gemeinwesen stellten, steht für eine notwendige Privatisierungsbremse. Ihr Aufbruch wird weltweit als Ermutigung gefeiert.



Ulrike von Wiesenau ist Pressesprecherin des Berliner Wassertisches und berät weltweit Organisationen und Initiativen der direkten Demokratiebewegung bei Öffentlichkeitsarbeit und politischen Aktionen

Vor Ort



ZFD-Projekt

Schutz für Menschenrechts-schützerInnen

Projekt: Peace Brigades International

Seit mehr als 30 Jahren bietet Peace Brigades International (PBI) unbewaffnete Schutzbegleitung für bedrohte MenschenrechtsverteidigerInnen an. Doch obwohl sich das bloße Da-Sein als sehr wirksam erwiesen hat: Effektiver Schutz kann nur durch begleitende Advocacy erreicht werden

Bei PBI fängt Advocacy beim Schutzkonzept an. Diesem Konzept liegt die Annahme zugrunde, dass (potenzielle) Aggressoren von Übergriffen auf MenschenrechtsverteidigerInnen eher absehen, wenn sie wissen, dass ihre Tat aufgrund internationaler Präsenz auf politischer Ebene Nachteile bringen würde. Um das zu erreichen, muss PBI jedoch imstande sein, schnell und effektiv internationale Unterstützung zu mobilisieren. Advocacy ist für die Sicherheit der begleiteten MenschenrechtsaktivistInnen also von jeher integraler Bestandteil des Schutzkonzepts. Zwar werden die Einsätze der Organisation als „field projects“ bezeichnet, sie können jedoch kaum als Projekte im klassischen Sinne angesehen werden, da weder ein absehbarer Abschluss noch konkrete Resultate im Voraus planbar sind. Unvorhergesehene Situationen gehören zu PBIs täglicher Arbeit und verlangen ein hohes Maß an Einsatz und Flexibilität.

NETZWERK MIT POLITIKERINNEN

Sogenannte Ländergruppen, u. a. in Deutschland, sind neben der Rekrutierung und Vorbereitung freiwilliger BeobachterInnen sowie der Beschaffung von Projektmitteln damit betraut, für die benötigte internationale Unterstützung durch Regierung und Parlament des eigenen Landes zu sorgen. Zu diesem Zweck verfügt PBI Deutschland über ein Netzwerk von UnterstützerInnen – hauptsächlich Mitglieder des Deutschen Bundestags –, die im konkreten Bedrohungsfall Maßnahmen zum Schutz von AktivistInnen einleiten bzw. von der Bundesregierung erbitten. So erhält der kolumbianische Menschenrechtler David Ravelo, der wegen eines Mordes, den er angeblich begangen haben soll, kürzlich zu einer langen Haftstrafe verurteilt wurde, die Unterstützung eines Bundestagsabgeordneten.

Der Schutz von MenschenrechtsverteidigerInnen, eine von PBI maßgeblich auf ehrenamtlicher Basis geleistete Pionierarbeit, hat in den vergangenen 15 Jahren beträchtlich an Bedeutung in der internationalen Menschenrechtsarbeit gewonnen und beschäftigt sowohl Nichtregierungsorganisationen (NGOs) als auch Regierungen. Seitdem hat die Arbeit der AktivistInnen zwar weltweit eine ungeheure Anerkennung erfahren, doch ihre Situation hat sich nicht substanziell

verbessert. Die Repressionsmethoden, die gegen sie eingesetzt werden, sind eher subtiler geworden. So werden zum Beispiel Trojaner in ihre Computersysteme eingeschleust statt ihre Räumlichkeiten zu überfallen oder man setzt sie strafrechtlicher Verfolgung aus.

In Mexiko geht die Bedrohung hingegen von der politischen Ebene aus. Seit einigen Jahren sind MenschenrechtsverteidigerInnen dort ausgerechnet dadurch in Bedrängnis geraten, dass die Regierung das organisierte Verbrechen bekämpfen will. Durch verschärfte Gesetze und eine Militarisierung einiger Regionen wurde die Zivilgesellschaft immer mehr ihrer Rechte beraubt. Für PBI besteht folglich die Aufgabe darin, die Zusammenhänge zwischen staatlicher Politik und Bedrohungen gegen MenschenrechtsverteidigerInnen deutlich zu machen.

BEITRAG ZUM INTERNATIONALEN MENSCHENRECHTSSCHUTZ

Die verstärkte internationale Aufmerksamkeit hat PBI vor zahlreiche neue Herausforderungen gestellt. So entstand ein erhöhter Bedarf an Vernetzung mit anderen NGOs. In Deutschland ging PBI deshalb aktive Mitgliedschaften mit länderbezogenen Netzwerken (u. a. zu Kolumbien, Mexiko und Nepal) sowie mit dem bundesdeutschen Forum Menschenrechte ein. Eine zweite Herausforderung besteht in der Entwicklung einer Menschenrechtsexpertise, um sachgerecht mit existierenden internationalen Menschenrechtsstandards umgehen und sie strategisch einsetzen zu können. Beide Faktoren haben zu einer beträchtlichen Expansion des Advocacy-Bereichs sowie einer zunehmenden Professionalisierung bei PBI geführt, die dem traditionellen Ideal des ehrenamtlichen Engagements gegenüberstehen.

So wurde auf organisationsinterner Ebene vor einigen Jahren eine internationale Advocacy-Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, in der VertreterInnen der Projekte und Ländergruppen zentrale Themenbereiche abstecken und gemeinsame Handlungsstrategien entwerfen.

Zurzeit wirbt die Advocacy-Arbeitsgruppe intensiv für den weltweiten Schutz von MenschenrechtsverteidigerInnen im Rahmen der international geführten Debatte über die menschenrechtliche Verantwortung von Unternehmen und beschäftigt



Schutzbegleitung in Nepal

sich auch mit den genderspezifischen Bedrohungen gegen Menschenrechtsverteidigerinnen, die aufgrund ihres Engagements oft ihre traditionelle Geschlechterrolle verlassen und deshalb zusätzlich den Sanktionen ihres sozialen Umfelds ausgesetzt sind.

Die Entwicklung eines mehrjährigen Strategieplans steht allerdings noch aus und stellt eine Herausforderung für eine sehr dezentralisierte Organisation dar, die eine Balance zwischen raschem, reaktivem Handeln im Einzelfall und langfristig geplantem strategischen Vorgehen erreichen möchte.

Die programmatische Natur der Advocacy bei PBI erschwert eine nachhaltige Finanzierung, da inzwischen auch im Menschenrechtsbereich die Anforderung der Geberseite, überschaubare und in sich abgeschlossene Projektbausteine vorzulegen, gestiegen ist. Auch ist die Wirkung der PBI'schen Advocacy schwer zu überprüfen, da viele Aktivitäten im Rahmen der Netzwerkarbeit stattfinden und es generell im Menschenrechtsbereich schwer möglich ist, eine einfache kausale Relation zwischen einer bestimmten Maßnahme und einem angestrebten Resultat festzustellen. Die Rolle unserer Organisation besteht weiterhin im „Da-Sein“ – als Fürsprecher für die Anliegen derjenigen, die wir in ihrer täglichen Arbeit begleiten und durch politische Vernetzung und Advocacy, damit die Schützenden besser geschützt werden.



Annette Fingscheidt Sozialanthropologin, Master of Peace, 1999 – 2001 mit PBI in Kolumbien im Einsatz, Tätigkeit in mehreren Nichtregierungsorganisationen in Deutschland, seit Januar 2013 als Advocacy-Referentin bei PBI Deutschland tätig